

Biebricher Tagespost

Biebricher Zeitung

Biebricher Lokal-Anzeiger.

Biebricher Heutige Nachrichten.

Biebricher Tagblatt.

Amtesliches Organ der Stadt Biebrich

Anzeigenpreis: Die einsp. Colonnenzeile 25 A. Bei Wiederholungen Rabatt. Plag. u. Tagesanfragen ohne Verbindlichkeit. Derantwortlich für den redaktionellen Teil Guido Seidler, für d. Redaktions- u. Anzeigen-Teil sowie für den Druck und Verlag Paul Jorjisch, in Biebrich.

Rotations-Druck u. Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmannsche Buchdruckerei.

Druckerei 41. - Redaktion und Expedition: Biebrich, Rathausstraße 16.

№ 291

Freitag, den 13. Dezember 1918.

Postfach 10114

57. Jahrgang.

Tages-Rundschau.

Einberufung des Reichstages.

Ab Berlin, 12. Dezember. Der Präsident des Reichstages hat am 12. Dezember an die Reichstagsabgeordneten folgendes Schreiben gerichtet:

An die Herren Reichstagsabgeordneten!
Die Frist des Waffensstillstandes läuft in den nächsten Tagen ab. Auch wenn sie verlängert werden sollte, muß der Abbruch eines Vorfriedens sofort angestrebt werden, wenn das Vaterland vor weiteren ungeheuren Schäden bewahrt werden soll. Die Nachrichten aus den Lagern unserer Feinde lauten nun aber mit immer größerer Bestimmtheit dahin, daß die der jetzigen Reichsleitung die Verhandlungsfähigkeit absprenken, daß sie jedoch die geforderten Organe des alten Reiches, Bundesrat und Reichstag, als berechtigt anerkennen zur Schaffung einer legitimen Reichsregierung insofern wie auch zur Beschlußfassung über das Wahlgesetz für die Nationalversammlung.

Meine sorgfältigen Bemühungen, Herrn Ebert im Interesse der Reichsleitung von der Notwendigkeit der Berufung des Reichstages zu überzeugen, sind erfolglos geblieben. Die Zeit verliert weiter zu warten und verpflichtet mich, auch ohne die Zustimmung der Regierung von der in der Sitzung vom 26. Oktober d. J. erteilten Ermächtigung zur Berufung des Reichstages Gebrauch zu machen.

Ich berufe deshalb hiermit den Reichstag, behalte mir aber Bestimmung von Zeit und Ort der Tagung noch vor. Die Herren Abgeordneten bitte ich, sich zur Abreise bereit zu halten und zu der demnächst einberufenden Sitzung vollständig zu erscheinen.

Ge. Fehrenbach, Präsident des Reichstages.

Dieses Schreiben ist auch dem Rat der Volksbeauftragten zugangen, der Herrn Reichsanwalt Fehrenbach folgendes geantwortet hat:

Auf Ihr gefälliges Schreiben vom heutigen Tage erlaube mir ich folgendes zu antworten:

Die Behauptung, daß die Entente der jetzigen Reichsleitung die Verhandlungsfähigkeit abspricht, daß sie jedoch den Bundesrat und Reichstag als berechtigt anerkennen, zur Schaffung einer legitimen Reichsregierung sowie zur Beschlußfassung über das Wahlgesetz für die Nationalversammlung, enthält der Begründung. Sie ist nur geeignet, die Entente im Widerspruch zu der tatsächlichen Lage der gegenwärtigen Regierung in den irdigen Dingen zu versetzen, als ob eine verhandlungsfähige Regierung nicht vorhanden wäre.

Der Rat der Volksbeauftragten legte wiederholt dar, daß durch die politische Umwälzung der Bundesrat und der Reichstag als bestehende Organe zu existieren aufhört. Sollten Sie trotzdem den nicht mehr bestehenden Reichstag einberufen, so werden Sie die Verantwortung für alle Folgen zu tragen haben.

Der Rat der Volksbeauftragten.

Schluß der Pressefreiheit.

Ab Berlin, 12. Dezember. Der Rat der Volksbeauftragten erläßt folgende Bekanntmachung zur Pressefreiheit: In den letzten Tagen haben sich die Eingriffe von Arbeiter- und Soldatenräten in die Pressefreiheit vergrößert, daß die Reichsregierung ihnen auf das entschiedenste entgegenzutreten muß. So ist z. B. in Leipzig eine Zeitung mit Störung und Verletzung bedroht worden, wenn sie einen bestimmten Bericht bringe, und an Ostfriesland ist zur Selbsthilfe gegen diese Zeitung aufgerufen worden, und in Rülheim (Ruhr) sind Druckermeister und Arbeiter verhaftet worden, weil sie die deutsche Volkswirtschaft und die Grenzschutzpartei in Flugblättern gegen die Verhaftung von Rülheimer Bürgern wandten. Ähnliche Vorgänge werden aus zahlreichen anderen Städten gemeldet. Die Reichsregierung verwahrt sich aufs entschiedenste gegen jede gewaltsame Einschränkung des freien Wortes. Sie fordert von den Arbeiter- und Soldatenräten die politische Minderheitsstellung der Pressefreiheit, die eine erste Programmziffer ist. Sie wird die Aufgabe der Reichsregierung der Arbeiter- und Soldatenräte sein, zu erwägen, wie gegen solche Organisationsversuche vorgegangen sei, die sich solche militärischen Handlungen zuzuschreiben kommen lassen.

Der Rat der Volksbeauftragten:

Ebert, Haase, Scheidemann, Landsberg, Dittmann, Barth.

Abkündigung des Staatsstreichs.

Berlin. Nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ bekräftigt die Mitteilung, daß der Staatsstreich Soll kein Abbruch durch eingeleitet hat. Eine Entscheidung über das Gelingen ist von der Regierung noch nicht getroffen worden.

Haukman über die Kriegspolitik.

Stuttgart. In einer öffentlichen Versammlung in Rappold sprach Conrad Haukman über die politischen Ereignisse während des Krieges. Dabei machte er u. a. folgende Mitteilungen: Nach dem Abgang Bethmann Hollweg habe er, Haukman, Hindenburg nahegelegt, in Friedensverhandlungen einzutreten, wenn wir noch mindestens ein Jahr hart fechten, denn schon damals habe ich die beginnende Erschöpfung bemerkt gemacht. Schon damals seien wir unserer Bundesgenossen nicht mehr sicher gewesen. Es hätte daher im Interesse von Reich und Armee gelegen, Verhandlungen einzuleiten. Die Regierung habe sich aber schwankehaft verhalten. Haukman war im Dezember, Januar u. Februar wiederholt in der Schweiz um sich über die Lage genau zu unterrichten und hat seine Erfahrungen in einer Denkschrift an Hindenburg niedergelegt. Vor allem in der Ostfront waren wir stark; der Gegner fürchtete die Offensive und damals wäre die beste Gelegenheit zum Friedensschluß gewesen. Der kaiserliche Militärattaché in Sigmaringen schrieb in diesem Sinne in jener Zeit eine Meinung über den Krieg. Haukman fühlte sich das zu schreiben an Hindenburg. Er kam zu der Ansicht, daß die Hindenburg und Ludendorff. Was wurde daraus? Dieses sei richtig, aber es geschah nichts. Sigmaringen war der Meinung, die deutsche Offizierswürde höchsten 3. Grades und Krone kommen; Ludendorff erklärte dies für ungenügend. Im Jahre 1917 war man davon, den Krieg zu gewinnen und die Autonomie zu gewinnen und vertrieben die Besatzungen aus den Ostländern, die Sacke schickte aber an Ludendorff. Die Ernennung des Grafen Hertling, der die damalige Ministerpräsident wegen der Gefährdung des Reiches nach dem Krieg und auch sonst belastet war, zum Reichskanzler war ein Irrtum. Haukman vertritt eine feste Meinung darüber gegenüber Ludendorff nicht und brachte im Oktober 1917 den Prinzen Max von Baden in Vordruck, der amtlich demokratisch, äußerlich nicht, um keinen die Brücke zwischen Regierung und Volk zu schlagen geeignet wäre. Aber der Prinz war dem Militär nicht gewogen, weil angeblich zu weich. Die Demokratie hat die Ostpolitik für falsch gehalten und daher getarnt; der Rückschlag ist nicht ausgeblieben. Den nächsten Schritt hat die deutsche Armee am 8.

August d. J. erlitten. An diesem Tage war die Gefahr einer großen Niederlage in offener Feldschlacht und der Einschließung des Hauptteils des deutschen Heeres am höchsten gestiegen; die Württemberger haben die Situation gerettet, sonst hätten sich die Engländer und Franzosen hinter unserer Front die Hände gereicht. Die deutsche Heere sind nicht geschlagen; sie sind dem Erschöpfungstriebe im Innern erlegen.

Die deutschen Truppen in der Ukraine.

Ab Mannheim, 12. Dezember. Auf eine Anfrage eines Mannheimer Bürgers an Generalleutnant v. Hindenburg über das Schicksal der noch in der Ukraine stehenden deutschen Truppen läßt Generalleutnant v. Hindenburg mitteilen, daß Grund zur Beförderung wegen der Rückkehr unserer Truppen aus der Ukraine nicht vorhanden ist. Ihre Heimbeförderung ist im Gange; die 212. Infanterie-Division hat bereits mit der Spitze Deutschland erreicht, die 7. Landwehr-Division und die 2. Kavallerie-Division Polen. Bis alle nach Deutschland zurückgeführt sind, werden allerdings voraussichtlich noch gegen zwei Monate vergehen.

Die Besetzung.

Ab Berlin, 12. Dezember. Die Donnerstag nachmittags abgehaltene Zusammenkunft zwischen der englischen Zensurbehörde und den Vertretern der Kölner Blätter ergab, daß die Kölner Zeitungen in der bisherigen Weise weiter erscheinen können. Für den Inhalt wird der Chefredakteur verantwortlich gemacht.

Ab Mannheim, 12. Dezember. Seit heute vormittag ist der Straßenbahnverkehr zwischen Mannheim und Ludwigshafen eingestellt und der Telefonverkehr seit mittag gestoppt. Nur noch Fußgänger dürfen die Brücke überqueren.

Ab Berlin, 12. Dezember. Der englische Botschafter hat erklärt, daß gegen das Tragen von Militäruniformen durch die Entlassenen Bedenken nicht bestehen, daß jedoch in diesem Fall keine Militäruniformen dazu getragen werden dürfen.

Ab Berlin, 12. Dezember. Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir: Etwa 1000 junge Männer, Söhne von altheimischen Eltern, sind aus Straßburg zur Zwangsarbeit nach Belgien abgeführt worden.

Ab Berlin, 12. Dezember. Der durch den Waffensstillstand den Engländern erlaubte Eintritt in die Ostsee, den sie während des ganzen Krieges zu erzwingen nicht gewagt haben, hat den ungetragenen Verkehr zwischen den deutschen und den nördlichen Häfen mit einem Schlagschlag zum Stillstand gebracht. Die Engländer verhängen über die deutsche Ostküste eine Hungerperle und entziehen Deutschland auch die Küsten der Versorgung, die es während des Krieges noch hatte. Das geschieht nach Abbruch des Waffensstillstandes, in dessen Artikel 23 die ausdrückliche Forderung gemacht war, Deutschland während der Dauer des Waffensstillstandes in dem als notwendig erkannten Maße mit Lebensmitteln zu versorgen. Auch die nördlichen Häfen werden von dieser neuen englischen Bergewallung nicht unberührt. So liegen z. B. in Deutschland mehrere Dampfer mit Salz, Petroleum usw. in den nördlichen Frühlingslag. Die Gefahr der Kaperung verhängt über diese Dampfer, die Fahrt nach Nordwegen antreten. Ebenso liegen in nördlichen Häfen Dampfer mit Milchprodukten für Deutschland, die verderben, weil die Engländer ihre Hungerperle auch auf die Ostsee ausgedehnt haben.

Ab London, 12. Dezember. Der Botschafter hat erklärt, daß die allgemeinen Wahlen hinausgeschoben werden sollten, bis die Soldaten heimgeführt sein würden, erklärt, daß die Heimkehr nicht vor Ende der nächsten Sitzungsperiode stattfinden könnte; dies wäre also ungefähr im August 1919.

Kleine Mitteilungen.

Die notwendige Hilfe des Bürgerturns. Der Arbeiter- und Soldatenrat Groß-Dresden sprach die Überzeugung aus, die Sozialdemokratie könne die ungetragene Verantwortung ohne Bürgerturn nicht tragen und ohne das Bürgerturn die gewaltigen Aufgaben nicht erfüllen.

Die Verluste Österreich-Ungarns im Weltkrieg. Nach Aufstellung Budapest Blätter hat Österreich-Ungarn während des Weltkrieges an Toten, Verwundeten und Kranken 4.000.000 Menschen verloren. Die Zahl der Toten allein beträgt 800.000. Ausgenommen davon sind 45.000 gefallene Offiziere, was 25 Prozent des Offiziersstandes ausmacht.

Wilhelm II. „Dain Erpech“ veröffentlicht eine Depesche aus Amsterdam, laut der der Kaiser mit deutschen Reichsmännern auf dem Gebiet des internationalen Rechtes über seine persönliche Lage Verhandlungen führte. Diese Experten seien in geheimnisvoller Weise in Amerikaner angegriffen und wieder abgelehnt. Der Kaiser sei gegenwärtig im Begriff, eine Selbstbiographie und eine Geschichte seiner Regierung zu schreiben, worin er seine Haltung vor und während des Krieges darlege. Die Arbeit sei für die Veröffentlichung bestimmt und solle für den Fall, daß der Kaiser vor einem Gerichtshof gestellt wird, als Grundlage für seine Verteidigung dienen.

Aus Stadt, Kreis u. Umgebung.

Biebrich, den 13. Dezember 1918.

Stadtverordneten-Versammlung

vom 12. Dezember 1918, nachm. 3 Uhr.

Zusend sind 27 Stadtverordnete und vom Magistrat die Herren Oberbürgermeister Geh. Regierungsrat Vogt, Beigeordneten Krenzburger und Tropp, Stadtbaurat Thiel, sowie Stadträte Boos, Kommerzienrat Dunderhoff, Kunz, Sittig und Berner. Der Vorsitz führt Herr Dr. W. F. Kunz. Protokollführer: Herr Oberlehrer Dr. Hempel.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird die öffentliche Sitzung vertagt zum Zwecke einer Besprechung, an welcher 3 Mitglieder des Bürgervereins teilnehmen. Die Besprechung dauert bis etwa 4 1/2 Uhr, worauf in die öffentliche Sitzung eingetreten wird.

Genehmigung eines Vertrages zwischen der Eisenbahndirektion Mainz und der Stadt Biebrich betr. Wegeunterhaltungen.

Es handelt sich um die formelle Übertragung eines Geländes von 638 Quadratmetern, das durch Verchiebung eines Weges bei der vor Jahren erfolgten Anlage der Bahn an der Kollener Straße-Wühlweg-Eisenbahntrasse freigelegt wurde, an die Stadt. Die Baukommission empfiehlt Zustimmung. Da jedoch ein zweierlei Bericht vorliegt, wird Zurückverweisung an die Baukommission beschlossen.

Genehmigung des Vertrages mit der Firma Electro betr. Verkauf des Schiedhof-Geländes.

Wird von der Tagesordnung abgelehnt.

Verwilligung einer Vergütung für Stellvertretung der Direktorial-Geschäfte des Vereins.

Berichterstatter ist Herr Schröder. Herr Dr. Schwender hat während der Kriegszeit bei seiner Wehrfähigkeit 1 1/2 Jahre lang die umfangreichen Geschäfte des Vereins geführt. Die Entschädigung ist auf 300 M. festgesetzt. Die Finanzkommission bittet um Genehmigung. Der Antrag wird angenommen.

Vorlage betr. die Erwerbslosen-Fürsorge.

Den Bericht erstattet Herr Main. Das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung habe die Einführung der Erwerbslosen-Fürsorge angeordnet. Da diese Fürsorge sehr notwendig sei, brauche nicht begründet zu werden. Man sehe ja, daß es unmöglich erscheine, für die vielen zurückkehrenden Soldaten Arbeit zu schaffen. Die Kommission hat sich die Statuten von Mainz, Wiesbaden und Frankfurt, wo sie bereits eingeführt ist, kommen lassen. Sie hat sich im Wesentlichen an den Wiesbadener Entwurf gehalten, schon in Rücksicht auf eine etwaige spätere Vereinigung mit Wiesbaden. Nach § 1 wird Erwerbslosen-Unterstützung solchen Personen gewährt, welche über 14 Jahre alt sind, arbeitsfähig und arbeitswillig sind und sich infolge des Krieges durch Erwerbslosigkeit in bedürftiger Lage befinden. Eine bedürftige Lage ist nur anzunehmen, wenn die Einnahmen des zu Unterhaltenden einsehender Einnahmen der in seinem Haushalt lebenden Familienangehörigen infolge gänzlicher oder teilweiser Erwerbslosigkeit derart zurückgegangen sind, daß er nicht mehr imstande ist, damit den notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten. Sie müssen mindestens eine Woche arbeitslos sein. Diese Wartzeit gilt nicht für Kriegsteilnehmer. Nach § 6 ist der Empfänger der Unterstützung verpflichtet, nach Maßgabe der von der Gemeinde anerkannten und zuständigen Bestimmungen den von der Gemeinde anerkannten und zuständigen Arbeitsnachweis aufzusuchen und Wohnort usw. anzunehmen, sofern für die nachgewiesene Arbeit angemessener ersichtlicher Lohn geboten wird, die nachgewiesene Arbeit die Gesundheit nicht schädigt, die Unterbringung nicht bedenklich ist und bei Verheirateten die Versorgung der Familie nicht unmöglich ist. Für die Reise in den Beschäftigungsort wird freie Fahrt bewilligt. Nach § 8 beträgt die Unterstützung bei gänzlicher Erwerbslosigkeit für jeden erwerbsfähigen Erwachsenen für den Zeitraum 2 M., der Zeitraum oder erwerbsunfähige Kinder über 14 Jahre 1 50 M., jedes Kind unter 14 Jahren bis einschließlich 5 Kinder 1 M., für Miete, Heizung, Licht 1 M. Von 6 Kindern ab ermäßigt sich die tägliche Unterstützung für jedes weitere Kind auf 0 50 M. Für jeden ledigen Erwerbslosen beträgt die tägliche Unterstützung 3 M. Die weiteren Paragraphen betreffen die Bestimmungen über Auszahlung der Unterstützung, Kontrolle der Unterhaltungsgegenstände, Rottfall und Entziehung der Unterstützung und die Bildung eines Fürsorge-Ausschusses.

Wie Herr Main weiter dazu ausführt, steht die Kontrolle in enger Verbindung mit dem Arbeiteramt. Jeder Fürsorge-Empfänger muß sich beim Arbeitsamt melden. Falls er die ihm nachgewiesene entsprechende Arbeit ablehnt, geht er der Unterstützung verlustig. Die Unterstützung wird bis zur Dauer von 26 Wochen gewährt. Die Kosten werden zu 1/2 vom Reich, 1/2 vom Bundesstaat und 1/2 von der Gemeinde getragen. Die Finanzkommission hat nach eingehender Beratung dem Statut zugestimmt. Herr Beigeordneter Krenzburger befragte eine von der Finanzkommission gewählte Kommission. Herr Dr. Kalle hält es für wünschenswert, daß die Kontrollbestimmungen mit großer Sorgfalt ausgearbeitet werden, um Mißbrauch zu verhindern. Gelasse es, die Moral zu erhalten, dann werde die Erwerbslosen-Fürsorge sich gerade für die Zeit als sehr nützlich erweisen. Herr Krenzburger hatte mehr Rücksicht auf gelehrte Arbeiter bei der Arbeitsumweisung gewünscht. Herr Main: Das werde die Aufgabe des Arbeitsamtes sein. Die Veranlassung erteilt hierauf der Ordnung für die Erwerbslosen-Unterstützung in der von der Finanzkommission geänderten Fassung ihre Zustimmung.

Zustimmung zur Rückzahlung eines Darlehens.

Berichterstatter Herr Dr. Kunz: Die Stadt hat im Jahre 1908 bei der Sparkasse in Höhe von 250.000 Mark aufgenommen. Diese Anleihe ist jetzt vollständig worden und muß zurückgezahlt werden. Sie ist getilgt bis auf 206.000 Mark. Die Stadt ist jetzt in der Lage, bei der Sparkasse einen Kredit in dieser Höhe mit einer Verzinsung von 4 1/2% aufnehmen zu können. Die Finanzkommission hat zugestimmt. Herr Kommerzienrat Dunderhoff: Die Sparkasse Landesbank verlange nur 1% Zinsen, während die bisher 1 1/2% betrug. Es soll nun bei der Kasse beantragt werden, daß die Tilgung auf 1% herabgesetzt werden kann. Die Versammlung erklärt sich mit dem Antrag einverstanden.

Vorlage betreffend Gründung eines Arbeitsamtes.

Herr Schröder als Berichterstatter führt dazu aus, daß es sich um einen Arbeitsnachweis handelt, der in einem Räume des Rathauses untergebracht und durch einen Beamten besetzt ist, den Wiesbaden zur Verfügung gestellt hat. Das Arbeitsamt soll in ein definitives Stadium treten, zu welchem Zweck Räume in der alten Schule in der Wiesbadener Straße mit telefonischem Anschluß bereit gestellt werden. Der Vorstand bilden 2 Arbeitsnehmer und 2 Arbeitgeber und 1 Magistratsmitglied als Vorsitzender. Die nächste Aufgabe werde sein, für die leitende Stelle eine geeignete Persönlichkeit zu finden. Das Arbeitsamt wird immer weiter ausgedehnt und ihm immer mehr Berufe eingegliedert werden. Um das Amt auf eine möglichst breite Grundlage zu stellen, wird eine Verbindung mit Mainz und Wiesbaden erfolgen und der Kreis immer mehr erweitert werden. Die Aufgabe des Arbeitsamtes werde es sein, auch das Vertrauen der Arbeitgeber zu gewinnen. Sehr viel Gutes werde es leisten, wenn es ihm gelingt, die vielen Arbeiter vom Land wieder auf das Land zurückzuführen. Am Weiteren stelle das Arbeitsamt eine Kontrollinstanz für die Erwerbslosen-Fürsorge dar. Um eine dauernde und vollständige Übersicht über die jeweilige Lage auf dem Arbeitsmarkt zu gewinnen, soll jede private Arbeitsvermittlung aufgehoben werden. Die Kosten bestehen in der Befoldung des Beamten und in sachlichen Ausgaben und werden 4-5000 Mark nicht übersteigen. Herr Krenzburger wünscht die Schule an der Wiesbadener Straße für die Herjog Adolf-Schule erhalten, da diese sonst 4 stehende Klassen hätte, was unter den jetzigen Umständen unmöglich sei. Herr Stadtbaurat Thiel erwidert, daß 2 Klassen in der Barode und 2 Klassen im Obergehoß der alten Schule untergebracht werden können. Herr Krenzburger begt Bedenken, daß die jetzt bestehenden Arbeitsvermittlungen einzelner Berufe, wie z. B. die der Bäcker, aufgehoben werden sollen. Herr Schröder erwidert, angelehnt werde dies unter allen Umständen. Herr Krenzburger wird vom Schematisieren. Nach kurzer weiterer Ausdeutung wird dem Antrag zugestimmt.

Vorlage betreffend Hofhandarbeiten.

Nach dem von Herrn Dunderhoff erstellten Bericht ist vorgelegen, familiäre Straßenrinnen, Randle, Kellerräume, den Moosbach, den Bach am Wühlweg, den Weg am Dahlenbach zu reinigen bzw. herzustellen. Das Material soll aus dem Biebricher Bruch be-

... ..

* Spinde.

Aufruf.

Nachdem sich die

Deutsche Volkspartei

gebildet hat, rufen wir zur Sammlung gegen die Klassenherrschaft der Sozialdemokratie auf.

Wir fordern die schnellste Einberufung einer

Nationalversammlung

die der neuen Staatsform die verfassungsmäßige Grundlage geben soll. Für die Wahlen zu dieser Nationalversammlung erstreben wir mit allen anderen bürgerlichen Parteien ein Zusammenwirken, und erhoffen eine enge Vereinigung des gesamten deutschen Bürgertums.

Gemäß der programmatischen Kundgebung der Deutschen Volkspartei wollen wir auf dem Boden der durch die Umwälzung geschaffenen demokratischen Staatsform dafür eintreten,

die Reichseinheit zu wahren,

und baldigst Ruhe und Ordnung im Lande zu schaffen.

Die wirtschaftliche Selbständigkeit des einzelnen soll und muß auch unter der neuen Staatsform erhalten werden. Der Erhaltung einer freien Bauernschaft auf eigener Scholle, dem Wiederaufbau des Mittelstandes, insbesondere des Handwerks, der Erfüllung berechtigter Forderungen der Beamten, Rentangestellten und Arbeiter wird unsere besondere Aufmerksamkeit gelten.

Unsere sozialen Einrichtungen, die von keinem anderen Land der Erde erreicht werden, wollen wir behaupten und weiter ausbauen.

Die Fürsorge für alle Kriegsteilnehmer, insbesondere für die Kriegseingeschlagenen und Hinterbliebenen der Gefallenen, wird unsere vornehmste Sorge sein.

Die Sicherstellung der Staats- und Kriegsanleihen, der Sparkasseneinlagen und der gewährleisteten Pensionen und Rentenbezüge erachten wir als selbstverständliche Pflicht.

Die ungeheuren Lasten des Krieges müssen gerecht verteilt, den Kriegsgewinnlern die gebührenden Opfer auferlegt werden, für den Wucher darf es keine Schonung geben.

Die Deutsche Volkspartei will treu die alten Ideale hüten, die wert sind, Bestandteile des neuen deutschen Volksstaates zu werden.

Die Religion wollen wir dem Volke erhalten und treten insbesondere ein für die Beibehaltung des Religionsunterrichtes in den Schulen, sowie für die Wahrung der geschichtlichen Rechte der großen Kirchengemeinschaften, besonders auch auf wirtschaftlichem Gebiet.

Den hohen Kulturgütern der Wissenschaft und der Kunst wird unsere Fürsorge gelten.

Den vaterländischen Geist wollen wir pflegen, um das deutsche Volk in neuer fester Einheit zusammenzufügen, und ihm in dem erstrebten Völkerverbund eine geachtete Stellung sichern.

Jeder Gewaltherrschaft treten wir entgegen

und wenden uns auf das Schärfste gegen zwecklose Vergewandung von Geldern der Steuerzahler.

Kein Stand soll vor dem anderen bevorzugt werden. Engste Verbindung aller Schichten unseres Volkes in voller Gleichberechtigung seiner Glieder ohne Unterschied des Geschlechtes, des Alters und des Standes, wollen wir in vollkommener Freiheit und sozialer Gerechtigkeit schaffen.

Alle, die in diesen Bestrebungen mit uns eintreten — Männer und Frauen, Bürger und Bauern, Handwerker und Kaufleute, Fabrikanten und Arbeiter, Beamte und Angehörige freier Berufe — fordern wir auf, in unsere Reihen zu treten.

Deutsche Volkspartei Wiesbaden.

Der vorläufige Arbeitsausschuß:

P. Alf, Kaufmann; C. Anding; W. Bethäuser, Landesbauinspektor; C. Broglie, Lehrer; H. Burandt, Konsul a. D. und Stadtrat; Professor Dr. Degenhardt, Studienrat; Dr. Dornblüth, Sanitätsrat; Frau Dr. Dornblüth; Dr. A. Dyckerhoff, Stadtoverordneter; E. Greiff, Schlosser; H. Glücklich, Kaufmann; Bernhard Großhans, Hauptschriftleiter; Fräulein Tetla Ilgen, Lehrerin; W. Jend, Schriftleiter; G. Krüde, Rechtsanwalt; Krüger-Velthusen, Generalmajor; C. Meier, Stadtrat; A. Merz, Pfarrer; J. Nidel, Bankvorsteher; W. Passavant, Fabrikbesitzer, Michelbacherhütte bei Michelbach in Nassau; A. Pefitjean, Verbandsdirektor; A. Pfarrhus, Postsekretär; A. Schröder, Handwerkskammersekretär; H. Treibach, Schuhmachermeister.

Beitrittserklärungen von Männern und Frauen zur Deutschen Volkspartei werden bei den nachstehenden Stellen in Wiesbaden angenommen:

Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Wilhelmstraße 14.

J. Chr. Glücklich, Wilhelmstraße 56.

Wiesbadener Zeitung, Nikolaistraße 11.

Zigarrenhandlung Walter Seidel, Wilhelmstraße 56.

Rechtsanwalt G. Krüde, Kirchgasse 7, 1.

Untersignierter erklärt hiermit seinen Beitritt zur
„Deutschen Volkspartei“

mit einem Jahresbeitrag von Mk.

Name:

Stand:

Wohnung:
(Straße und Hausnummer)